



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/266 - 14.11.1953

Hinweise

auf den Inhalt: *Mo/M.*

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039890

Falsche Auslegung einer Europa-Tagung	S. 1
Die englisch-italienische Spannung	S. 3
Schulen in Hessen	S. 5

## Auf dem Holzwege

(sp) "Gleichfalls soll in einer Resolution festgelegt werden, dass die SPD sich trotz aller Mängel zum EVG-Vertrag bekennt und in Zukunft durch Vertreter an den Verfassungsberatungen der Montan-Union teilnimmt" - Dieser Satz ist einem Artikel "EVG-Entscheidung rückt näher" der Samstag-Ausgabe des Düsseldorfer "Industrie-Kurier" entnommen, der eine Vorschau auf eine Konferenz "in der europäischen Bewegung tätiger Sozialdemokraten" an diesem Wochenende in Frankfurt gibt.

Kein Zweifel, dieser Bericht ist geeignet, erhebliche Verwirrung anzurichten. Darum sei von vornherein betont, unabhängig wie die Frankfurter Konferenz ausläuft, dass sie niemals Beschlüsse "der SPD" fassen oder aber mit der Haltung der Partei in diesen Fragen identifiziert werden kann. Diese Konferenz ist eine private Veranstaltung, die dort anwesenden deutschen Sozialdemokraten erscheinen und handeln nicht im Auftrag ihrer Partei. Allein die Namen zweier Teilnehmer aus dem Ausland, Alfred Mozer aus Holland und André Philipp aus Frankreich, denen die Spalten des "Rheinischen Merkur" immer bereitwillig offenstehen, zeigen, dass es sich in Frankfurt vielleicht auch um den Versuch der Einmischung in innere Angelegenheiten der Sozialdemokratie handelt, wobei diese beiden Männer vielleicht noch nicht einmal als die Initianten

eines solchen Versuches anzusprechen wären.

Da der "Industrie-Kurier" in seinem Bericht auch so tut, als ob die Rede Ollenhauers zur Regierungserklärung des Bundeskanzlers als nicht mehr gegensätzlich zu den Frankfurter Bestrebungen anzusehen sei, ist es notwendig, noch einmal an diese Rede zu erinnern. Ollenhauer hat der Regierung jede Unterstützung zur Lösung des einst von der Bundesregierung als der Weisheit letzter Schluss gefeierten Junktims zwischen Generalvertrag und EVG-Vertrag zugesichert, wobei er ausdrücklich erklärte, dass der Generalvertrag alles andere als die Erringung der deutschen Souveränität wäre. Er hat aber ebenso eindeutig erklärt, dass der EVG-Vertrag nach wie vor ein Hindernis auf dem Wege zur Einheit Deutschlands sei, und er hat schliesslich die politische Eskapade, den EVG-Vertrag den Sowjets als Sicherheitsgarantie anzubieten, in das Reich der Fabel verwiesen.

An der Ablehnung des EVG-Vertrages durch die Sozialdemokraten zu deuteln, ist daher von vornherein ein müssiges Unterfangen.

Auch die zweite Ankündigung des "Industrie-Kurier", die SPD werde an den Verfassungsarbeiten der illegitimen ad-hoc-Versammlung teilnehmen, entbehrt jeder Grundlage. Schon darum, weil diese Versammlung ohne Sozialdemokraten ihre Beratungen längst abgeschlossen hat und dieser Verfassungsentwurf zurzeit vom Ministerrat der Montan-Union aufs Eis gelegt worden ist.

Schliesslich wird im "Industrie-Kurier" auch behauptet, dass die Sozialdemokratie bereit wäre, falls Karlsruhe eine Verfassungsänderung oder -Ergänzung im Zusammenhang mit dem EVG-Vertrag für notwendig hält, für diese Verfassungsänderung zu stimmen, gegebenenfalls sich positiv für ein Wehrgesetz auszusprechen. Ohne hier zum Grundsätzlichen etwas zu sagen, sei festgestellt, dass eine solche Schlussfolgerung im gegenwärtigen Zeitpunkt gegenstandslos ist, da selbst die Bundesregierung ein Wehrgesetz als zur Zeit nicht opportuna abgelehnt hat. Es wäre nach dem Inhalt des EVG-Vertrages und der unzählige Mal geäusserten sozialdemokratischen Einstellung zu ihm, widersinnig, zu erörtern, die SPD werde durch ihre Zustimmung zu einer Verfassungsänderung diesem <sup>nach ihrer Ansicht</sup> für Deutschland schädlichen EVG-Vertrag den Weg bereiten. Mit seinen Vermutungen und Schlüssen befindet sich das mehrfach genannte Blatt jedenfalls auf dem Holzwege.

NATO-Kommando ist beunruhigt

j.k. Rom, Mitte November

Die politische Spannung zwischen London und Rom, die in der ersten Novemberwoche begann, hat sich so zugespitzt, dass mit gewisser Berechtigung von einem Konflikt gesprochen worden ist, der eine starke Belastung für die europäische Politik und besonders für die NATO-Politik darstellt. Seit es in Triest am 3. und 4. November zu blutigen Zusammenstößen zwischen britisch kommandierter Polizei und italienischen Demonstranten kam, die sofort zu mächtigen Protestkundgebungen in ganz Italien führten, zeigt das politische Barometer "Sturm" an. Starke Polizei- und Gendarmerie-Abteilungen müssen die amerikanische und die britische Botschaften in Rom und die Konsulate in den Provinzstädten schützen, die gesamte italienische Presse zeigt ein anti-britisches Gesicht, die extreme Linke weist mit dem Finger auf "die offene Wunde im Fleische Italiens" und zieht aus der Tatsache des Vorhandenseins dieser Wunde den ihr genehmen Schluss: Trennung vom Westen, Austritt aus der NATO.

Über der sehr kräftigen Sprache, die in London und Rom geführt wird, darf gewiss nicht der Kausalzusammenhang vergessen werden. Die Demonstrationen in Triest kamen schliesslich nicht aus heiterem Himmel. Wenn weder ihre Form, noch die moralische Unterstützung, die sie fanden und finden, politisch einwandfrei waren, so ist doch auch in diesem Falle die Wirkung von der Ursache zu unterscheiden. Denn es lässt sich nun einmal nicht leugnen, dass zwei Versprechen der West-Alliierten, Triest an Italien zurückzugeben, nicht eingehalten wurden und nicht eingehalten werden konnten. Das erste, im März 1948 erteilte, bezog sich auf das gesamte Freie Territorium von Triest; das zweite, im letzten Oktober erteilte, auf die sogenannte A-Zone dieses Gebietes.

Diese letzte Zusage sollte den Triester Knoten, mit einem herkulischen Schwertstreich zerschlagen. Jugoslawiens Marschall Tito, der vor Erteilung des Oktober-Versprechens nicht konsultiert

wurde - obwohl seit Jahren bekannt ist, dass er der direkten Rückgabe widerspricht - liess den Schwertstreich nicht zu. Er drohte mit seinem Einmarsch in Triest, und der erhobene Arm senkte sich. Denn auf einen Zusammenstoss zwischen italienischen und jugoslawischen Truppen - oder gar anglo-amerikanischen - durfte man es nicht ankommen lassen. Italien jedoch fühlte sich betrogen.

Soweit war demnach jeder italienische Politiker, der da sagte, man solle gefälligst nicht versprechen, was man nicht halten kann, in Recht. Ins Unrecht setzten sich dieselben Politiker erst, als sie die Demonstranten begünstigten, es als schlimme Kränkung ansahen, dass eine auf dem Triester Rathaus heimlich gehisste italienische Trikolore heruntergeholt wurde, Umzüge von Jugendlichen in ganz Italien guthiessen und einen nationalistischen Auftrieb lobten, der an die Verhältnisse von 1938 erinnerte. Als der italienische Botschafter in London protestierte, musste er seinerseits einen ausserordentlich scharfen Protest Edens hinnehmen - die Spannung näherte sich dem Konflikt.

War es die Absicht Washingtons und wahrscheinlich auch Londons, durch Zerschlagen des Triester Knotens den jugoslawisch-italienischen Gegensatz aus der Welt zu schaffen und dadurch die sehr schwache Stelle in der Südostverteidigung zu verstärken, so wurde nun das absolute Gegenteil erreicht. Der Gegensatz zwischen den Adriabachbarn ist schärfer als zuvor, und zu ihm gesellt sich eine bis zu Passgefühlen gesteigerte britisch-italienische Gegnerschaft. Wenn gehofft wurde, eine Konferenz zu fünf - USA, England, Frankreich, Italien und Jugoslawien - könnte Klärungen erbringen, so musste diese Hoffnung bisher so oft begraben werden wie sie gehegt wurde. Denn auch nach den Demonstrationen und blutigen Zwischenfällen bleibt Italiens Ministerpräsident Pella ebenso auf seinem Standpunkt stehen wie Jugoslawiens Diktator Tito auf dem seinen: Pella will an einer Konferenz nur teilnehmen, wenn die Triester A-Zone zuvor ebenso unter italienische Verwaltung kommt, wie die B-Zone unter jugoslawischer steht; Tito wiederum droht für diesen Fall weiterhin mit dem Einmarsch, d.h. mit dem bewaffneten Konflikt.

So ist keine der beiden Seiten bisher einigungsbereit, der Konflikt hat sich verstärkt und erweitert, so dass das NATO-Kommando der weiteren Entwicklung mit begreiflicher Sorge entgegenseht.

3.000 neue Schulklassen in Hessen

hi, Darmstadt

Eines der bedrückendsten Nachkriegsprobleme ist der Schulraum- und Lehrermangel, unter dem Kinder und Lehrkräfte gleichermaßen leiden. Seit Antritt seines Amtes war es ein besonderes Anliegen des hessischen Ministers für Erziehung und Volksbildung, Ludwig Metzger, gerade in diesem Punkt durchgreifende Abhilfe zu schaffen.

Auch in Hessen ist man vom Normalzustand - 30 bis 35 Kinder in einer Schulklasse - noch entfernt. Aber immerhin ist es gelungen, die Durchschnittszahl von 65 seit 1948 auf 45 Kinder zu senken, und vor allem auch in den Dörfern den Schulbau zu fördern. Ein Drittel der Baukosten bei Errichtung von Dorfschulen wird vom Land Hessen getragen.

Ein Klassenraum = 50.000 M

Welche finanziellen Anforderungen der Schulbau an Land und Gemeinden stellt, kann man sich erst vergegenwärtigen, wenn man in Betracht zieht, dass die Kosten der Errichtung einer Schulklasse durchschnittlich M 50.000 betragen.- unter Einschluss aller notwendigen Einrichtungen und Nebenräume, sanitären Anlagen usw. Die schon erwähnten 3.000 neuerrichteten Schulklassen im Lande Hessen teilen sich auf 300 neuerbaute Dorf- und Stadtschulen und renovierte Schulklassen auf. Dabei handelt es sich ganz vorwiegend um moderne Pavillonschulen, die auch auf dem Dorf viel Anklang finden. Man hat allgemein volles Verständnis dafür, dass die alten Schulbänke, die wir einst drückten oder in die wir gedrückt wurden, durch Tische und Stühle abgelöst werden. Eine der Voraussetzungen, dass die neuerbauten Dorfschulen vom Lande finanziell unterstützt werden, besteht darin, dass auch eine Dienstwohnung für den Lehrer mitgebaut wird.

Viel Mühe ist auch darauf verwandt worden, die Lage der Junglehrer zu verbessern. Ein dementsprechendes Gesetz ist vorbereitet.

Von der Dorfschule zum Schuldorf

Wenn es gelingt, im Laufe der nächsten zwei Jahre weitere tausend Schulklassen im Lande Hessen zu errichten, dann erst können die Schulverhältnisse als befriedigend bezeichnet werden.

Ein Höhepunkt dieser kulturellen Aufbauarbeit ist das seiner Vollendung entgegengehende Schuldorf an der Bergstrasse. Es wird fast sämtliche Schularten - Kindergarten, Volksschulen, Aufbauschule mit Internat und eine Berufsschule - umfassen. Während früher die Dorfschule allzu oft sehr stiefmütterlich behandelt wurde, ist man in diesem Fall - übrigens auch dank einer grosszügigen amerikanischen Spende - darangegangen, ein Schuldorf zu errichten, dessen Besucher vom Kindergarten bis zum Abitur dort bleiben können. Schon nächste Ostern werden die Bürger dieses ersten Schuldorfes der Bundesrepublik ihren Einzug in die Schul-Häuser halten.

---

Verantwortlich: Peter Raunau